

Landkreis Ravensburg

den 16. Apr. 2018

Niederschrift

über die Sitzung des Verwaltungsausschusses
am 22.02.2018 im Landratsamt Außenstelle Weingarten, Sauterleutestr. 34, Weingarten,
Sitzungssaal Raum 009

Dauer 14:30 Uhr bis 17:15 Uhr

Normalzahl: Der Vorsitzende und 20 Mitglieder

Anwesend:

stellvertr. Vorsitzende/r

Frau Eva-Maria Meschenmoser,

CDU

Herr Eugen Abler,

in Vertretung für KR A. Müller

Herr Rolf Engler,

Herr Hans-Jörg Henle,

Herr Dr. Daniel Rapp,

Herr Volker Restle,

Herr Robert Stütze,

FWV

Herr Jochen Fischinger,

Herr Rainer Magenreuter,

Herr Bernhard Schultes,

Herr Oliver Spieß,

Bündnis 90 / Die Grünen

Frau Dr. Margret Brehm,
Frau Liv Pfluger,
Herr Dr. Ulrich Walz,

SPD

Herr Rudolf Bindig,
Herr Gerhard Lang,

in Vertretung für KR R. Marquart

ÖDP

Herr Siegfried Scharpf,

FDP

Herr Daniel Gallasch, M. A.,

Die Linke

Herr Wolfgang Nippe,

Protokollführer

Frau Susanne Karaman,

von der Verwaltung

Verwaltungsvorstand

Herr Franz Baur,

Dezernent Finanzen, Schulen und Infrastrukt-
tur

Herr Gerd Hägele,

Dezernent Recht, Ordnung und Landwirt-
schaft

Herr Thomas Riesch,

Amtsleiter Hauptamt

Frau Sybille Schuh,

Amtsleiterin Finanzverwaltung

Frau Margit Sigg,

Eigenbetrieb IKP

Heidi Wucherer,

Amtsleiterin Bürgerbüro

Gäste

Herr Jürgen Löffler,

BODO GmbH

Abwesend:

Vorsitzende/r

Herr Landrat Harald Sievers,

CDU

Herr Elmar Buemann,

Herr Karl Immler,
Herr Axel Müller, MdB,

wird von KR Abler vertreten

SPD

Herr Rainer Marquart,

wird von KR G. Lang vertreten

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. Änderung der Tagesordnung
2. Protokoll der vorausgegangenen Sitzung

Angelegenheiten der Finanzverwaltung

3. 0011/2018
Genehmigung von Spenden

Angelegenheiten des Verkehrsamtes

4. 0200/2017
Strategie für den Nahverkehr im Landkreis Ravensburg - Antrag der ÖDP-Fraktion vom 12.12.2017

Mitteilungsvorlagen

5. 0012/2018
Haushaltsvollzug 2017 - Finanzbericht zum 31.12.2017
6. Mitteilungen und Anfragen

Eine nichtöffentliche Sitzung schließt sich an.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses wurden am 08.02.2018 zu dieser Sitzung eingeladen.

Frau Meschenmoser begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass zur Sitzung ordnungsgemäß eingeladen wurde und dass das Gremium beschlussfähig ist. Sie entschuldigt Herrn Landrat Sievers wegen Krankheit und übernimmt die stellvertretende Sitzungsleitung. Sie stellt den Ausschussmitgliedern Frau Karaman als Schriftführerin der heutigen Sitzung in Vertretung für die erkrankte Frau Nußbaumer vor.

Öffentliche Sitzung

1. Änderung der Tagesordnung

Es liegen keine Änderungswünsche zur Tagesordnung vor.

2. Protokoll der vorausgegangenen Sitzung

Zu den Protokollen der Sitzungen vom 21.11.2017 und 06.12.2018 gibt es keine Änderungswünsche.

Beratungsergebnis: zur Kenntnis genommen

Angelegenheiten der Finanzverwaltung

3. 0011/2018

Genehmigung von Spenden

Beschlussentwurf:

Der Verwaltungsausschuss genehmigt die Annahme und die Vermittlung der Spendenangebote.

Beratungsergebnis: einstimmig beschlossen

Angelegenheiten des Verkehrsamtes

4. 0200/2017

Strategie für den Nahverkehr im Landkreis Ravensburg - Antrag der ÖDP-Fraktion vom 12.12.2017

Die stv. Vorsitzende stellt den Ausschussmitgliedern Frau Wucherer als neue Leiterin des Verkehrsamtes vor. Frau Wucherer werde ab dem 01.03.2018 offiziell die Leitung übernehmen. Bis Ende Februar 2018 bleibe Frau Wucherer Amtsleiterin des Bürgerbüros.

KR Schultes hält es für grundsätzlich gut, das ÖPNV-Angebot des Landkreises unter die Lupe zu nehmen. Er bittet darum, in die Analyse insbesondere die Themenfelder Berufsverkehr und neue Siedlungsgebiete mit einzubeziehen. Eine weitere Konkretisierung müsse durch die Verwaltung vorgenommen werden. Dabei sollten die finanziellen Auswirkungen nicht außer Acht gelassen werden.

KRin Pfluger merkt an, dass vielen Kreistagsmitgliedern die Auswirkungen der ÖPNV-Finanzierungsreform nicht bewusst seien. Es sollten daher die maßgeblichen Änderungen im Rahmen einer Klausurtagung aufgezeigt werden. Auch die Beziehungen zu ortsansässigen Omnibusunternehmer sollten dargestellt werden. Das Jahr 2018 müsse zur Information und Willensbildung dienen, so dass im Jahr 2019 die Weichenstellungen für die Verteilung der vom Land zur Verfügung gestellten Finanzmittel gelegt werden könnten.

KR Spieß dankt seinen Vorrednern und schließt sich grundsätzlich deren Meinung an. Er gibt zu bedenken, dass es nicht sinnvoll sei, dass die Verwaltung bis zum Jahr 2019 an der Entwicklung einer Strategie arbeite und der Ausschuss anschließend vor vollendete Tatsachen gestellt würde. Er schließt sich der Bitte von KRin Pfluger an, das Thema im Rahmen eines Klausurtags zu beleuchten und durch einen beratenden Fachausschuss begleiten zu lassen.

Die stv. Vorsitzende greift den Vorschlag auf. Am 16.04.2018 finde der Klausurtag zur Kreisstrategie statt. Sie könne sich vorstellen, die zweite Hälfte des Klausurtags dem Thema ÖPNV zu widmen.

KR Bindig merkt an, dass der Antrag der ÖDP-Fraktion vom 10.12.2017 von der Verwaltung falsch interpretiert worden sei. Gefordert wäre die Untersuchung aller Pendlerströme im Landkreis, nicht nur nach Ravensburg. Er bittet grundsätzlich um engere Abstimmung zwischen der Verwaltung und dem Gremium.

KR Henle ruft in Erinnerung, dass die Fraktionen von Herrn Landrat Sievers aufgefordert wurden, einen Antrag zur Thematik zu stellen. Die Anträge der CDU-Fraktion und der Antrag der SPD-Fraktion stimmten inhaltlich mit dem Antrag der ÖDP überein. Die Beantwortung sei daher in einer Sitzungsvorlage möglich. Er bittet darum, die von Landrat Sievers erwähnte Möglichkeit eines späteren Schulbeginns zu erörtern. Die Entlastung des morgendlichen Busverkehrs sei dadurch immens und die Attraktivität für Pendler könnte so gesteigert werden. Er schlägt vor, einen externen Sachverständigen einzubeziehen. Die Stadt Leutkirch habe gute Erfahrungen damit gemacht.

KR Dr. Rapp sieht die Notwendigkeit einer engen Vernetzung zwischen Verwaltung und Ausschuss und möchte einen Sachverständigen hinzuziehen. Das Land Baden-Württemberg stelle in einem begrenzten Zeitraum den Landkreisen und Kommunen einen 50 %igen Zuschuss für die Einrichtung von „RegioBus-Verbindungen“ zur Verfügung. Er bewertet daher ein Jahr Wartezeit bis zur Beratung einer ÖPNV-Strategie als zu lang. Die Attraktivität des ÖPNV bei den Bürgerinnen und Bürgern könne auch durch Aktionstage gesteigert werden. Ein Beispiel hierfür sei das Ein-Euro-Ticket der Stadt Ravensburg, welches an jedem Samstag gekauft werden könne. Eine Ausweitung auf das Kreisgebiet sei denkbar.

KR Dr. Walz erklärt, dass eine gute Infrastruktur vorliege, diese jedoch falsch genutzt werde. Eine Entzerrung im ÖPNV am frühen Morgen wäre hierbei ein Schritt in die richtige Richtung.

KR S. Scharpf benennt als wichtiges Kriterium für die Auswahl eines externen Sachverständigen dessen Leistungsfähigkeit. Die Büros sollten im Auswahlverfahren aufzeigen, was aus ihrer Sicht alles untersucht werden sollte. Er schlägt eine Vorstellung der sich bewerbenden Sachverständigen im Ausschuss vor.

Die stv. Vorsitzende gibt zu bedenken, dass das Feld der möglichen Sachverständigen zu diesem speziellen Thema ÖPNV nicht breit gesät sein dürfte. Sie schlägt vor, den

Beschlussentwurf wie folgt zu modifizieren:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, dem Kreistag im Jahr 2019 eine weiterentwickelte Strategie für den ÖPNV vorzulegen.
2. **Die Verwaltung wird beauftragt, die Möglichkeiten der Beauftragung eines externen Beraters zu prüfen.**
3. **Die Verwaltung wird beauftragt, die Mitglieder des Kreistages über die Planungen im Rahmen des Klausurtags am 16.04.2018 oder zu einem anderen noch zu definierenden Termin zu informieren.**

Die stv. Vorsitzende möchte wissen, ob es gegen den modifizierten Beschlussvorschlag Einwände gibt.

Es werden keine Einwände vorgebracht.

Beschlussentwurf:

Die Verwaltung wird beauftragt, dem Kreistag im Jahr 2019 eine weiterentwickelte Strategie für den ÖPNV vorzulegen.

Modifizierter Beschlussentwurf der Verwaltung:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, dem Kreistag im Jahr 2019 eine weiterentwickelte Strategie für den ÖPNV vorzulegen.
2. **Die Verwaltung wird beauftragt, die Möglichkeiten der Beauftragung eines externen Beraters zu prüfen.**
3. **Die Verwaltung wird beauftragt, die Mitglieder des Kreistages über die Planungen im Rahmen des Klausurtags am 16.04.2018 oder zu einem anderen noch zu definierenden Termin zu informieren.**

Beratungsergebnis: einstimmig **modifiziert** beschlossen

Mitteilungsvorlagen

5. 0012/2018

Haushaltsvollzug 2017 - Finanzbericht zum 31.12.2017

KR Gallasch beglückwünscht Herrn Baur zum Ergebnis. In der neu veröffentlichten Statistik des Städtetags sei der Landkreis Ravensburg der finanzstärkste Landkreis pro Einwohner in Baden-Württemberg. Die großen Kreisstädte im Landkreis seien aber eher unterdurchschnittlich finanziert. Er möchte wissen, ob die Kreisumlage nicht entsprechend nach unten angepasst werden könne. Die finanziellen Schwierigkeiten der Kreisstädte und Gemeinden könnten so reduziert werden.

KR Bindig sind im Finanzbericht zwei Themen aufgefallen: Im Abschnitt 5420 (Straßen) sei das Ergebnis positiv dargestellt. Dies stehe aber im Widerspruch zu einer negativen Begründung. Er bittet die Verwaltung dies zu prüfen und zu erläutern. Außerdem sei ihm aufgefallen, dass die im Abschnitt 5540 (Naturschutz) zur Verfügung gestellten Mittel erneut nicht vollständig abgerufen wurden. Er bittet hier ebenfalls um eine Erklärung durch das Dezernat IV.

Frau Schuh bestätigt den Widerspruch im Abschnitt 5420. Sie sagt dazu und zu Abschnitt 5540 eine Klärung und Antwort im Nachgang zur Sitzung im Rahmen des Protokolls zu.

Klärung und Antwort im Nachgang zur Sitzung:

THH 24 Straßenbauamt, Produktgruppe 5420 Kreisstraßen (Seite 6):

Die Unterhaltungsaufwendungen für die Straßen in den Bereichen Leistungen Dritter am Straßenunterhalt, Instandsetzungen/Markierungen, Leistungen Dritter am Winterdienst und für unvorhergesehene Maßnahmen fielen rund 138.000 € niedriger aus, als geplant. Dagegen stehen für den geplanten Erwerb der Landesliegenschaften im Betriebsdienst (Straßenmeistereien) höhere Aufwendungen (rund 77.000 €) für Altlastgutachten. Diese waren nicht im Haushalt eingeplant.

THH 45 Bau- und Umweltamt, Produktgruppe 5540 Naturschutz und Landschaftspflege (Seite 9):

Im Finanzbericht werden Salden von Einnahmen und Ausgaben des Ergebnishaushalts gegenübergestellt. Der geplante Saldo betrug -342.800 €, der jetzt prognostizier-

te liegt bei -268.950 €. Es stellt sich eine Entlastung des Kreishaushalts von rund 73.000 € ein. Zur Begründung wurde auf S. 9 darauf verwiesen, dass verschiedene Dinge nicht wie geplant und gewünscht umgesetzt werden konnten. Im Detail ergeben sich deutlich geringere Einnahmen gegenüber der Veranschlagung im Plan, weil eine Position ein Fehleintrag war und bei der anderen Position sich die buchhalterische Abwicklung des Landschaftserhaltungsverbandes im Verlaufe des Jahres 2016 anders entwickelt hat als geplant. Der Landschaftserhaltungsverband muss jetzt eine eigene Buchhaltung haben, damit die Zuschüsse abgerechnet werden können, deshalb werden seine Einnahmen nicht im Kreishaushalt verbucht. In der Summe ergibt dies um ca. 123.000 € geringere Einnahmen. Bei den Ausgaben spielen diese Änderungen ebenfalls in der buchhalterischen Abwicklung des Aufwandes des Landschaftserhaltungsverbandes eine nicht unerhebliche Rolle (rund 80.000 €). Hinzu kommen nicht benötigte Mittel für die Überarbeitung des Landschaftsschutzgebiets (dauert länger als gewünscht) und nicht notwendige Änderungen der Biotopkartierung und andere Kontrollen. Die für Naturschutzprojekte vorgesehenen Mittel mit 35.000 € mussten nicht angegriffen werden, weil die anstehenden Arbeiten (s. Handlungsfelder Kreisstrategie) noch von uns selbst erledigt werden konnten (für 2018 gibt es eine zusätzliche Stelle im Naturschutz) bzw. wir hausintern Unterstützung durch Arbeitszeitaufstockung einer Kollegin fanden. Personalkosten werden in der Produktgruppe nicht dargestellt. Auch bemühen wir uns für manche Maßnahmen externe Kostenträger (z.B. bei Biberproblemen das Land mit der Landschaftspflegeberichtlinie) zu finden, um den Kreishaushalt zu schonen. In der Summe mit anderen kleineren Posten stehen geringere Ausgaben mit rd. 196.000 € als geplant zu Buche. Der Saldo ergibt die obenstehenden rund 73.000 € (196.000 € – 123.000 €) die aber mit den Mitteln im Finanzhaushalt für den zusätzlichen Dienstwagen (S. 13), die aus dem Naturschutzhaushalt stammen, auch gegengerechnet werden müssen.

KR Spieß bewertet die Differenzen zwischen den Anmeldungen der Ämter und den tatsächlichen Zahlen als deutlich zu hoch. Er bittet die Verwaltung um eine ehrlichere Meldung durch die Ämter zu den Finanzberichten im Vorlauf der Haushaltsplanberatungen für das Jahr 2019. Er bittet die Verwaltung um eine Einschätzung der Risiken beim Thema Asyl. Weiter möchte er eine Stellungnahme, wie das Land Baden-Württemberg derzeit mit dem Thema Spitzabrechnung umgehe.

Herr Baur teilt mit, dass eine Bezifferung der Risiken beim Thema Asyl derzeit nicht möglich sei. Die Abrechnung für das Jahr 2015 sei noch nicht abgeschlossen. Außer-

dem seien die Modalitäten für die Abrechnung des Jahres 2016 noch nicht bekannt.

Die stv. Vorsitzende berichtet von intensiven Verhandlungen mit dem Land Baden-Württemberg. Das Land fordere von der Verwaltung die Beantwortung von Detailfragen zur Belegung und Kostenstruktur pro Monat im Jahr 2016. Bei Nichtbeantwortung sei eine pauschalisierte Kürzung der Spitzabrechnung von 8 % angedroht worden. Die Verwaltung habe sich daher an den Landkreistag mit der Bitte um Unterstützung gewandt.

Beratungsergebnis: zur Kenntnis genommen

6. Mitteilungen und Anfragen

Es liegen keine Mitteilungen oder Anfragen vor.

Verwaltungsausschuss am 22.02.2018:

Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil der Sitzung gefassten Beschlüsse

Angelegenheiten des Hauptamtes

7. 0007/2018

Fusion und Umstrukturierung des Datenverarbeitungsverbands (DVV) Baden-Württemberg

Beschlussentwurf:

1. Der Kreistag stimmt dem Beitritt des Zweckverbands KIRU zur Datenzentrale Baden-Württemberg und der Vereinigung mit den Zweckverbänden KDRS und KIVBF zum Gesamtzweckverband 4IT zu.

2. Herr Simon wird angewiesen in der Verbandsversammlung des Zweckverbandes KIRU die Organe des Zweckverbands zum Vollzug aller hierzu notwendigen Handlungen zu bevollmächtigen.

Zu den notwendigen Handlungen gehören (insbesondere):

- a. die Zustimmung zum Beitritt des Zweckverbands KIRU zur Datenzentrale Baden-Württemberg durch Vereinbarung der Änderung der Satzung der Datenzentrale Baden-Württemberg
- b. die Zustimmung zum vorgesehenen Vermögensausgleich
- c. die Zustimmung zur Verschmelzung der Betriebsgesellschaften IIRU, KRBF und RZRS zu einer hundertprozentigen Tochter der aus der Datenzentrale Baden-Württemberg mit Beitritt der Zweckverbände hervorgehenden ITEOS (AöR)
- d. die Zustimmung zum Fusionsvertrag der drei Zweckverbände KDRS, KIRU und KIVBF und ihrer Tochtergesellschaften sowie der Datenzentrale Baden-Württemberg
- e. die Zustimmung zur Vereinigung der drei Zweckverbände KDRS, KIRU und KIVBF zum Gesamtzweckverband 4IT

Beratungsergebnis: mehrheitlich empfohlen (bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung)

Angelegenheiten der Finanzverwaltung

8. 0155/2017

Festlegung von landkreisspezifischen Verwaltungskostenpauschalen

Beschlussentwurf:

Die landkreisspezifische Verwaltungskostenpauschale ist Basis für die Berechnung von Kostenerstattungen, Gebühren und sonstigen Entgelten des Landkreises sowie für die Gewährung von Kostenerstattungen an Dritte.

Beratungsergebnis: einstimmig empfohlen

Angelegenheiten des Verkehrsamtes

9. 0205/2017

ÖPNV-Finanzreform - Erlass Allgemeine Vorschrift

Beschlussentwurf:

Die Allgemeine Vorschrift gemäß Artikel 3 Absatz 2 Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 über die Rabattierung von Zeitkarten im Ausbildungsverkehr wird in der vorliegenden Entwurfsfassung rückwirkend zum 01.01.2018 als Satzung beschlossen.

Beratungsergebnis: einstimmig empfohlen

Z. B.

Stellvertretender Vorsitz

Eva-Maria Meschenmoser

Schriftführerin

Susanne Karaman

Kreisräte

Rudolf Bindig

Liv Pfluger